

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Helsinki 40+



Sicherheit in Europa

40 Jahre KSZE – Eine Bilanz
Krisen kooperativer Sicherheit
OSZE und Ukraine Krise
Egon Bahr: Sicherheit gemeinsam!

WeltBlick

BRICS-Treffen in Ufa
Wahrheitssuche in Kolumbien

Forum

Nuklear-Deal mit Iran

Historie

1945: Entscheidung in Potsdam

Kommentar

Heißt die Kanzlerin Schäuble?

ISSN 0944-8101 | 4,80 €



4 191574 104808

09

4

WeltBlick

- 4 Sicherheit nur gemeinsam!
Egon Bahr
- 8 Kolumbien: Die Stunde der Wahrheit?
Sven Schuster
- 12 Zum Doppelgipfel in Ufa
Alexander Rahr
- 16 Ebola und die „Pandemie des Nichtstuns“
Maximilian Gertler
- 19 Polen: Skepsis gegenüber dem Euro
Rafał Riedel



22

Nachruf: Jevgenij Primakov

Vladislav Belov



24

Briefe aus ...

Pretoria und Brüssel

28

Zwischenruf: Zaunkönig

Attila Király

30

Sicherheit in Europa: Helsinki 40+

- 32 40 Jahre Schlussakte von Helsinki
Wolfgang Kubiczek
- 39 Der Schweizer OSZE-Vorsitz und die Ukraine Krise
Christian Nünlist
- 44 Drei Krisen kooperativer Sicherheit in Europa
Ulrich Kühn
- 50 „Die OSZE kann schneller und wirksamer reagieren!“
Doris Barnett im Interview



56

Appell: Zum bedrohten Frieden

Willy-Brandt-Kreis



Forum: Atom-Vereinbarung mit Iran

60

Der Deal und die möglichen Folgen
Hubert Thielicke 61

Iran: vom Paria zum Partner?
Azadeh Zamirrad 66

Politik im Bilde: Von Ikarus bis Zeus

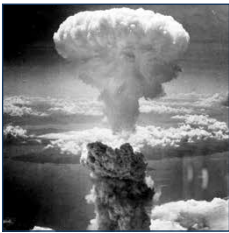
70

Anne Klinnert

Der politische Essay: Weltkonflikte mit Carl Schmitt

73

Reinhard Mehring



Historie: Entscheidung in Potsdam

78

Manfred Müller

Analyse: Türkische Außenpolitik

84

Savaş Genç



Buch des Monats

90

Hubert Thielicke

Briefe an die Redaktion

92

Kommentar: Die Kanzlerin heißt Schäuble

94

Dietmar Bartsch

Wort und Strich

96

Zaunkönig

Attila Király

Niemand hat die Absicht...? Oh doch, Viktor Orbán. Der ungarische Regierungschef hat erklärt, dass er die Absicht hat, nicht eine Mauer, wohl aber einen Zaun zu bauen. Flüchtlinge sollen nicht mehr ins Land kommen. Das soll ihnen der vier Meter hohe Zaun erschweren. Die Arbeiten an einem „Musterabschnitt“ in einer Länge von 150 Metern zwischen der südungarischen Stadt Mórahalom und dem serbischen Subotica wurden am 13. Juli begonnen. Am Ende soll der Zaun die ungarisch-serbische Grenze über eine Länge von 175 Kilometern absperren. Die slowenische Zeitung *Delo* nannte es eine „Ironie der Geschichte“: Die eifrigsten Zaunbauer kommen aus Ländern, „deren Eiserner Vorhang sie einst selbst an der Flucht in eine schönere Zukunft in den Westen hinderte“. Die zaunlose Zeit Ungarns währte vom 10. September 1989 bis zum 13. Juli 2015.

Die ungarische Regierung argumentiert, 2015 seien – bis zum Beginn des Zaunbaus – bereits 78.190 Menschen illegal eingewandert, darunter 77.600 über die Grenze zu Serbien. Im ganzen Jahr 2014 waren es 42.000 – eine Verzwanzigfachung innerhalb von drei Jahren. Als in der EU über Quoten bei der Verteilung von Flüchtlingen diskutiert wurde, winkte Ungarn ab, wie neben Großbritannien, Frankreich und Dänemark auch andere ostmitteleuropäische Länder. Bereits im Mai hatte Orbán einen „Einwanderungsstopp“ gefordert, wegen wachsender Terrorgefahr. Hauptargument war, das Zusammenwachsen der ungarischen Gesellschaft habe keine Chance, wenn „wir eine Art Wohnheim-Party“ ankündigen, zu der jeder kommen und dann „bis in die Morgenstunden feiern“ könne. Strategische Aussage war: „Wir Ungarn wollen ein Europa der Europäer und darin ein Ungarn der Ungarn bewahren.“ Das brauche keine Einwanderer. Die EU-Politik „fordere Flüchtlinge geradezu auf, nach Europa zu kommen“.

Deshalb ließ Orbán das Volk befragen, was es in Sachen Flüchtlinge wolle. Es wurden Bögen mit Fragen verteilt mit je drei Antwortmöglichkeiten: „Sehr wichtig, wichtig, nicht wichtig“ oder „Völlig einverstanden, einverstanden, nicht einverstanden“. Die Fragebögen sollten anonymisiert

ingesandt werden – das Porto zahlt der Staat – und enthielten zwölf Fragen. Die hätten aus Orwells „Ministerium der Wahrheit“ kommen können. Zuerst wurde suggestiv gefragt, wie bedeutsam „die Thematik des anwachsenden Terrorismus“ für das Leben des Ausfüllers ist, gefolgt davon, ob „Ungarn in den kommenden Jahren Ziel des Terrorismus werden“ könnte. Damit konnotiert die Flüchtlingsproblematik mit dem Terrorismusproblem. Frage drei lautet: „Manche sagen, dass die fehlgeleitete Einwanderungspolitik Brüssels zum Anwachsen des Terrorismus führt. Stimmen Sie damit überein?“ Wer bisher mit Ja geantwortet hat, kann nicht Nein sagen. Nun kommt: „Wussten Sie, dass Wirtschaftsflüchtlinge die Grenze illegal überqueren und dass deren Zahl zuletzt um das 20-Fache gestiegen ist?“ Das meint, der Flüchtling, bisher kein Terrorist, ist zumindest Wirtschaftsflüchtling, kam illegal ins Land geschlichen und ist folglich Gesetzesbrecher. Es folgt Patriotismus in Verbindung mit dem Armutsproblem: „Stimmen Sie der Meinung zu, dass Wirtschaftsflüchtlinge die Jobs und Existenzen der ungarischen Menschen gefährden?“ Wer hier Nein sagt, ist kein Patriot. Die folgenden Fragen zielen nochmals darauf, die ungarische Regierung solle „bei ihren Bemühungen zur Einführung strengerer Einwanderungsregeln, als sie Brüssel vorhat“, unterstützt werden. Die letzte Frage: „Stimmen Sie mit der ungarischen Regierung überein, dass wir – statt Mittel für die Einwanderung bereitzustellen – ungarische Familien und die Kinder, die noch geboren werden, unterstützen sollen?“ So gibt es eine innige Verbindung zwischen dem Zaun und dem „gesunden Volksempfinden“ in Ungarn, dem Orbán folgt.

Die schwedische Zeitung *Upsala Nya Tidning* nennt den ungarischen Grenzzaun einen „Schandfleck für die EU“. Das ist verlogen. Derartig hohe Grenzzäune gibt es bereits zwischen Bulgarien und der Türkei sowie um die spanischen Exklaven in Nordafrika. Das Grenzregime, das im Schengen-Raum Freizügigkeit gewährt, soll nach außen undurchlässig sein. Den bestehenden Grenzzaun zwischen Polen und Belarus kann man sich im Internet anschauen, sofern man nicht schon davorstand. 🌐